

Landesausschuss der Studentinnen und
Studenten (LASS) GEW Niedersachsen
Berliner Allee 16
30175 Hannover
Sprecherin: Elke Michauk
Mail: lass@gew-nds.de
Mobil: 0163 – 2555 905
www.gew-niedersachsen.de/lass

Lüneburg, den 08.05.09

Werte Kolleg/innen, liebe Mitstudierende und Interessierte

LASS Newsletter N° 4

Im aktuellen Newsletter findet ihr wieder interessante Themen zur Hochschulpolitik in Niedersachsen und über dessen Grenzen hinaus. Ebenso gibt es wieder die Rubriken „Rechtliches“, „Neu im Netz“ und nicht zu vergessen „Termine“.

Um den Newsletter immer automatisch zu erhalten, schreibt einfach eine *E-Mail* an lass@gew-nds.de zu bekunden.

In jedem Fall gilt: Wir freuen uns über Kritik und Lob, aber auch auf Anregungen für zukünftige Newsletter.

Leitet den Newsletter gern an Freunde und Bekannte weiter.

Mit solidarischen Grüßen



Elke Michauk
(Sprecherin des LASS GEW Niedersachsens)

Newsletter des Landesausschuss der Studentinnen und Studenten (LASS) in der GEW Niedersachsen N° 4

1.) Niedersachsen

- (a) Mehr Geld für studentische Beschäftigte – neuer MWK Runderlass
- (b) I Mai: „Keinen Meter- Gemeinsam gegen den Naziaufmarsch!“
- (c) 32. BUKO „under construction – Transformationen in Zeiten der Krise“
(Lüneburg)
- (d) Neues aus dem niedersächsischen Landtag

2.) Bundesgebiet

- (a) Rückblick Gewerkschaftstag der GEW (25.-29. April 2009, Nürnberg)
- (b) NRW Studiengebühren rechtens? - Bundesverwaltungsgerichts-
entscheidung liegt vor
- (c) Der Countdown läuft: bundesweiter Bildungsstreik 15.-19. Juni 2009
- (d) Gegen den Trend: Mecklenburg-Vorpommern ermöglicht Gebühren

3.) Blick über den Tellerrand

- (a) G 20 & NATO - mehr als nur Buchstaben und Zahlen
- (b) ... und auch noch anstehend: Europawahlen

4.) Publikationen / Neu im Netz /

- (a) Karrierewege für wissenschaftlichen Nachwuchs
- (b) Neue Studie zum wissenschaftlichen Prekariat an Hochschulen
- (c) EUROSTUDENT: Neue Studie beschreibt das Profil der Bologna-
Studierenden in Europa
- (d) Das neue Studieren
- (e) „Endstation Bologna? - Die Reformdebatte zur LehrerInnenbildung in den
Ländern, im Bund und in Europa“
- (f) Studie zu Ungleichheit, Globalisierung und Welthandel

5.) Termine

Impressum

I.) Niedersachsen

(a) Mehr Geld für studentische Beschäftigte – neuer MWK Runderlass

Seit 1993 standen die Räder bei den Löhnen für studentische Beschäftigte still. Nach kritischen Anfragen im Landtag von der Linksfraktion und ein paar Aktionen – besonders in Braunschweig - von studentischen Beschäftigten, hat das Ministerium am 26. März 2009 einen neuen Runderlass für die Bezahlung studentischer Beschäftigter (nach § 33 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) als studentische Hilfskräfte bezeichnet) verabschiedet. Klare Gewinner_innen des neuen Runderlasses sind die studentischen Beschäftigten an Fachhochschulen, welche zuvor 5,37 € verdient hatten, und Studierende mit einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss. Letztere erhalten ab sofort 10,85 €. Bei genauerer Betrachtung gleicht die ab sofort geltende Lohnerhöhung jedoch noch nicht einmal die Inflation der vergangenen Jahre aus, denn die Bezahlung für studentische Hilfskräfte ohne berufsqualifizierenden Abschluss wurde lediglich um 26 Cent angehoben (von 7,72 € auf 7,98 €). Für eine Angleichung an die Inflation müsste der Stundenlohn

auf knapp 10 € angehoben werden.

Niedersächsischer Runderlass (26.3.2009): <http://www.schure.de/22210/21,710563,7.htm>

Exkurs: Studentische Hilfskräftein der autonomen Hochschule

<http://www.bafoeg-rechner.de/Hintergrund/art-868-hilfskraefte.php#kommentar>

Hintergrund: Am 9. April wurde das Tarifvertragsgesetz 60 Jahre alt. Aus diesem Anlass erinnert das WSI-Tarifarchiv an Tarifverträge, "die Geschichte machten." Informationen zur tarifpolitischen Entwicklung von 1949 bis 2009 sind zu finden unter: <http://www.60-Jahre-Tarifvertragsgesetz.de>

(b) 1. Mai: „Keinen Meter- Gemeinsam gegen den Naziaufmarsch!“

Am 11. April und 1. Mai 2009 wollten in Lüneburg bzw. Hannover Neonazis der „Freien Kameradschaften“ mit der NPD aufmarschieren. Sie wollten den Kampf- und Feiertag der Arbeiterbewegung dazu nutzen, um ihr faschistisches Gedankengut zu verbreiten. Sie reden von „Überfremdung“ und hetzen gegen alle, die nicht in ihr menschenverachtendes Weltbild passen. Sie geben sich als Vorkämpfer für die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus und tarnen dabei nur ihren Hass auf Demokratie und Andersdenkende. Sie werben mit dem Schlagwort eines „Nationalen Sozialismus“ und meinen dabei eine faschistische Diktatur. Sie verherrlichen den Nationalsozialismus und seine Verbrechen.

Durch breite gesellschaftliche Bündnisse konnten große Neonaziaufmärsche im gesamten Bundesgebiet verhindert werden. Nichts desto trotz traten kleinere Gruppen (bis zu 250) im Rahmen des 1. Mai bundesweit mit z.T. brutaler Gewalt in Erscheinung (siehe Linkliste)

Tagtäglich werden Menschen in Deutschland Opfer rechter Gewalt. Für die Zunahme rechtsextremistischer Straftaten sind die „Freien Kameradschaften“ maßgeblich verantwortlich.

Diese Provokation nehmen wir nicht tatenlos hin!

Auch in den kommenden Wochen haben Neonazis bundesweit erneut Aufzüge / Demonstrationen angemeldet. So werden sie insbesondere am 23. Mai in Lüneburg aufmarschieren. Das Bündnis für Demokratie / Netzwerk gegen Rechtsextremismus wird auch dieses Mal ein Vorankommen der Neonazis durch Blockaden zu verhindern wissen. Lets do it again!

Lüneburg: <http://www.netzwerk-gegen-rechts.net/> (Rück- und Ausblick)

Rückblick 1. Mai bundesweit: <http://www.netzeitung.de/politik/deutschland/1343799.html>

(c) 32. BUKO „under construction – Transformationen in Zeiten der Krise“ (Lüneburg)

Autos sollen gekauft, aber Gürtel enger geschnallt werden; der heimische Markt wird abgeschottet, der nationale Standort gerettet; gleichzeitig darf der eigene Zugriff auf globale Ressourcen nicht gestört werden und dieses „Privileg“ wird zur Not auch militärisch out of area verteidigt: Die gegenwärtigen Krisen-Maßnahmen zielen auf die Sicherung von Reichtum und Ausbeutung und die Aufrechterhaltung globaler Ungerechtigkeiten. Dieser Art von „Krisenmanagement“ wollen wir ein deutliches „Ya basta!“ entgegensetzen und uns auf die Suche nach emanzipatorischen Alternativen - utopischen und ganz konkreten - begeben.

Alle reden von Krise. Wir auch - aber nicht nur! Während einige von einer neuen Qualität von Krisenhaftigkeit reden, sehen andere kapitalistisches Business as usual. Wir betrachten die derzeitige Lage als „Under Construction“. Sind doch die laufenden Umstrukturierungen so vielfältig und gegensätzlich wie die zugrunde liegenden Forderungen: Auf den diskursiven und materiellen

Baustellen der Welt wird an hegemonialen Positionen und Strategien gearbeitet. Zeit, sich zu verständigen und Zeit, sich einzumischen!

Den Transformationen in Zeiten der Krise nähern wir uns auf dem 32. Kongress der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) anhand dreier Themenfelder: der herrschenden Ökonomie, dem Klima sowie der Bildung.

Weitere Informationen zu den Themenschwerpunkten und zum Kongress allgemein:

<http://www.buko.info/aufruf/>

(d) Neues aus dem niedersächsischen Landtag

Kurz vor der Sommerpause stehen neben der Beratung zur nächste Überarbeitung / Anpassung (Novelle) des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG), das Einrichtungsgesetz für neue Fachhochschulen sowie die Planungen für die Lehramtsausbildung in Niedersachsen.

Mehr bei euren Studierendenschaften und per Mail ([lass\[at\]gew-nds.de](mailto:lass[at]gew-nds.de))

2.) Bundesgebiet

(a) Rückblick Gewerkschaftstag der GEW (25.-29. April 2009, Nürnberg)

Vom 25.-29. April 2009 fand in Nürnberg der alle vier Jahre stattfindende Gewerkschaftstag statt. Neben Gastreden von Politiker_innen standen Neu/Wiederwahlen zum Hauptvorstand, Anträge zur Integrierten Gesamtschule, die Absage an die Zusammenarbeit mit der Bertelsmannstiftung sowie wegweisende Anträge zum Generationswechsel in der GEW auf der Tagesordnung.

So wurden im Rahmen des Gewerkschaftstags alle Hauptvorstandsmandate erneut an die sich bis zum Gewerkschaftstag im Amt befindlichen Personen vergeben. Das beste Wahlergebnis erzielte dabei Andreas Keller für den Vorstandsbereich Hochschule und Forschung mit knapp 93 %. Eine Übersicht über den neuen-„alten“Hauptvorstand ist hier zu finden http://www.gew-gewerkschaftstag.de/Wahlergebnisse_im_Ueberblick.html)

In den folgenden Antragsberatungen wurde nach heftiger Diskussion und damit verbundener Kritik an Teilen des Hauptvorstandes einer zukünftigen Zusammenarbeit mit der Bertelsmann-Stiftung eine klare Absage erteilt. Darüber hinaus beschloss der Gewerkschaftstag einen Dringlichkeitsantrag des Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten (BASS) zur Unterstützung des bundesweiten Bildungsstreiks (s.u.) mit überwältigender Mehrheit. Eine zähe Diskussion zeichnete sich in Bezug auf vorliegende Anträge zum (längst überfälligen) Generationswechsel in der GEW ab. Hier wurde nach einem Schlagabtausch zwischen jung und alt sowie dem Auspielen unterschiedlicher Arbeitsbereiche (Tarifpolitik vs. Generationswechsel), vor dem Hintergrund der gemeinsamen Finanzierung aus dem sogenannten Kampffond, ein interpretierbarer Beschluss zur Weiterführung / Ausbau von Mitgliederwerbung und -bindung beschlossen. Welche Konkreten Folgen dies für Niedersachsen im besonderen haben wird, werden anstehende Gespräche in den kommenden Wochen / Monaten ergeben.

Beschluss Wissenschaftspolitisches Programm der GEW:

http://www.gew-gewerkschaftstag.de/Binaries/Binary47126/3_01_010_3_26_gew.pdf

Beschluss GEW und Bertelsmann-Stiftung:

http://www.gew-gewerkschaftstag.de/Binaries/Binary47148/1_01_003_1-3_gew.pdf

Unterstützung Bildungsstreik:

http://www.gew-gewerkschaftstag.de/Binaries/Binary46304/3_01_001_DS_50_gew.pdf

Chancengleichheit im Europäischen Hochschulraum - Für einen radikalen Kurswechsel im Bologna-Prozess:

http://www.gew-gewerkschaftstag.de/Binaries/Binary46829/3_01_003_DS_15_gew.pdf

Weiteren Beschlüsse/Bilder/ Infos zu Wahlen findet ihr unter:

<http://www.gew-gewerkschaftstag.de>

(b) NRW Studiengebühren rechens? - Bundesverwaltungsgerichtsentscheidung liegt vor

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat am 29. April 2009, über die Rechtmäßigkeit allgemeiner Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen entscheiden.

Die RichterInnen mussten beurteilen, ob die Erhebung allgemeiner Studiengebühren dem „Internationalen Pakt über wirtschaftliche soziale und kulturelle Rechte“ der Vereinten Nationen widerspricht. Der Pakt thematisiert unter anderem den Zugang zu Bildung und Chancengleichheit. Über die Einhaltung des Pakts wacht der „UN-Ausschuss über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“. In der Vergangenheit hat der UN-Ausschuss Deutschland mehrere Male wegen seines sozial selektiven Bildungssystem ermahnt.

Doch das Bundesverwaltungsgericht unter dem Richter Franz Bardenhewer – seinerseits Korporierter in der Arminia zu Bonn - Leipzig beschied trotz des ausbleibenden Hochschulstudiums von circa 18.000 Abiturient_innen des Abschlussjahrgangs 2006 (vgl. die Studienanfänger_innenbefragungen des HIS), dass das Studiengebührengesetz in Nordrhein-Westfalen sozialverträglich sei. Damit ist die 2007 durch den Allgemeinen Studierendenausschuss der Universität Paderborn eingereichte Klage in letzter Instanz angelehnt worden.

<http://www.protesttage.blogspot.com/>

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/REGIONALES/CHEMNITZ/1497542.html>

<http://www.abendblatt.de/daten/2009/04/29/1141788.html>

<http://www.welt.de/politik/article3650198/Klage-gegen-Studiengebuehren-gescheitert.html>

(c) Der Countdown läuft: bundesweiter Bildungsstreik 15.-19. Juni 2009

Nur noch knapp einen Monat ist es hin, dann beginnt der bundesweite Bildungsstreik 2009 (15.-19. Juni 2009) zu welchem sich Schüler_innen, Studierenden, Auszubildende, Wissenschaftler_innen, Künstler_innen und interessierte Bürger_innen zusammengeschlossen haben. Hauptforderungen sind neben der Entschleunigung des Bildungssystem, kleiner Schulklassen/Seminare/Vorlesungen, bessere Lehr- und Lernbedingungen, bessere Bezahlung für studentische Beschäftigte an Hochschulen und für pädagogisches Personal von der KITA bis zur Weiterbildung, gegen die Ökonomisierung von Bildung, für die Erhöhung von Bildungsausgaben, gegen Bildungsgebühren und für Lehrmittelfreiheit ...

In Niedersachsen gründeten sich in den vergangenen Wochen und Monaten verschiedene lokale Bildungsstreikbündnisse, welche den bundesweiten Bildungsstreik inhaltlich mit Leben füllen wollen. Hierzu gehören insbesondere Braunschweig, Holzminden, Hannover, Osnabrück und Lüneburg.

Wenn auch du aktiv werden und dich am bundesweiten Bildungsstreik beteiligen möchtest, dann sprich die Gruppen vor Ort an. Eine Übersicht findest du unter www.bildungsstreik2009.de !

Unter www.gew-niedersachsen.de/lass findest du in den kommenden Tagen einen Mobilisierungsflyer für den Bildungsstreik

(d) Gegen den Trend: Mecklenburg-Vorpommern ermöglicht Gebühren

Wurden in den letzten Monaten Studien- oder Verwaltungsgebühren eher abgeschafft, macht ausgerechnet Mecklenburg-Vorpommern das Gegenteil. Den Hochschulen wird ermöglicht, Gebühren von bis zu 50 Euro bspw. für die Rückmeldung zu erheben. Ob sie es tatsächlich tun, bleibt den Hochschulen überlassen, die sich diese Einnahmequelle vermutlich nicht entgehen lassen werden ...

<http://www.studis-online.de/StudInfo/Gebuehren/meckpomm.php>

(e) Konjunkturpaket II: Bauboom statt Bildungsboom

Nachdem am Freitag den 13. März der Bundestag das Konjunkturpaket II beschlossen hatte, hat nun auch der Bundesrat seine Zustimmung gegeben. Von den 17,3 Milliarden Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen sollen zwei Drittel in die Sanierung von Schulen, Kindergärten und Universitäten fließen. Kern der Einigung ist darüber hinaus die Schaffung von 275.000 zusätzlichen Studienanfänger/-innen im Zeitraum 2011–2015.

Die GEW fordert darüber hinaus einen Generationenpakt, welcher die Finanzierung von Bildungseinrichtungen insbesondere durch eine zu erhebende Erbschaftssteuer vorsieht, damit zukünftig nicht weiter Millionen-Erben steuerfrei bleiben. Die HRK hatte bereits Ende Januar den erheblichen Sanierungsbedarf der Hochschulen unterstrichen und ein Drittel der geplanten Investitionen für die Hochschulen gefordert.

GEW: http://www.gew.de/GEW_schlaegt_Generationen-Pakt_fuer_Bildung_vor_2.html

HRK: http://www.hrk.de/95_4763.php

Wissenschaftsrat: http://www.wissenschaftsrat.de/presse/pm_2308.pdf

3.) Blick über den Tellerrand

a) G 20 & NATO - mehr als nur Buchstaben und Zahlen

Billionen für die Wirtschaft – Proteste gegen Finanzpolitik

G 20 ist die Abkürzung für den seit 1999 bestehenden Zusammenschluss der wichtigsten 19 Industrie- und Schwellenländer der Welt sowie der Europäischen Union. Kernthemen der G 20, die 85 % der weltweiten Wirtschaftsleistung stellen, ist die Klärung von Fragen, die das internationale Finanzsystem betreffen. Spätestens seit der durch Spekulationen ausgelösten weltweiten Finanzkrise, stehen die G 20 unter Zugzwang, da der Unmut über die Nationale Politik mit globalem Kontext stetig wächst. Eindrucksvoll haben dies insbesondere die europaweiten Demonstrationen am 28. März mit mehreren 10.000 Teilnehmer_innen gezeigt. In Berlin und

Frankfurt gingen insgesamt mehr als 55.000 Menschen auf die Straße (www.28.maerz.de). Vom 01.-02. April tagten die G 20 in London. Begleitet wurde das Gipfeltreffen von Protesten globalisierungskritischer und sozialer Bewegungen, welche gegen Banken, aktuelle Politik und Kapitalismus und für Klima und die sogenannte Dritte Welt protestierten. Bereits im Vorfeld sprach die Polizei von zu erwartenden gewalttätigen Protesten. Damit kriminalisierte und stigmatisierte sie die größtenteils friedlichen Proteste im Vorfeld durch z.T. Gleichstellungen mit Terroristen. Dem nicht genug waren die Polizeibeamt_innen mit Taserwaffen – tödlichen Waffen -, CS-Gas, langen Knüppeln und besonderen Handschellen – sogenannten Speedcuffs – ausgerüstet, um im Fall der Fälle „armed response“ zu sein (Quelle: <http://www.heise.de/tp/blogs/8/135374>).

Den Artikel weiterlesen unter:

http://www.asta-lueneburg.de/fileadmin/images/asta2_0/ausgabe20_final.pdf

b) ... und auch noch anstehend: Europawahlen

Am 7. Juni finden die Europawahlen statt. Unter www.votematch.eu und www.euprofiler.eu stellen sich die Parteien vor. Das Europaparlament informiert hier über seine Arbeit:

http://www.europarl.europa.eu/elections2009/default.htm?language=de&window_mode=8&country=de

4.) Publikationen / Neu im Netz

(a) Karrierewege für wissenschaftlichen Nachwuchs

Die GEW findet: „Die Probleme des wissenschaftlichen Nachwuchses lassen sich (...) nicht auf ein Informationsdefizit reduzieren. Ihnen liegt vielmehr ein strukturelles Defizit zu Grunde.“

Die Stellungnahme der GEW, („an der Erarbeitung der Stellungnahme waren beteiligt: Dr. Roland Bloch, Dr. Andreas Keller, Dr. Claudia Kleinwächter, Dr. Ursula Kneer, Claudia Koepernik, Dr. Diethard Kuhne und Dr. Carsten Würmann“) erkennt und benennt Probleme.

Wer sich für die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses in der Bundesrepublik Deutschland interessiert, dem sei diese Stellungnahme anempfohlen.

Zur Anhörung:

<http://www.gew.de/Binaries/Binary43109/Stellungnahme%20BT-Anh%C3%B6rung%20WissNW.pdf>

(b) Neue Studie zum wissenschaftlichen Prekariat an Hochschulen

Die Studie, die sich mit den Arbeitssituationen von Nachwuchswissenschaftler/inne/n beschäftigt ... „so ist die Arbeitszeit der jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wesentlich länger als vertraglich vereinbart und wird immens mit promotionsfremden Tätigkeiten überfrachtet; sie erhalten kaum Unterstützungsangebote in Bezug auf ihre zukünftige Karriereplanung. Ihre immer kürzer befristeten und starren Verträge ermöglichen so gut wie keine Familienplanung. Das alles führt zu vorzeitigen Abbrüchen der Promotion oder zu Orientierungslosigkeit nach einem

erfolgreichen Abschluss.”

... mündet letztendlich in 10 Empfehlungen für einen verbesserten gewerkschaftlichen Umgang mit Nachwuchswissenschaftler/inne/n :

Die Studie ist zu finden unter:

http://www2.tu-berlin.de/zek/koop/pdf/Endbericht_Verdi_Studie_09.pdf

(c) EUROSTUDENT: Neue Studie beschreibt das Profil der Bologna-Studierenden in Europa

Die Bologna-Studentin beginnt ihr geisteswissenschaftliches Studium direkt nach der Schule mit 19 Jahren, kommt aus einem gebildeten Elternhaus und wird nach dem Studium eine adäquate Beschäftigung mit überdurchschnittlichem Verdienst finden. So lässt sich das Profil der europäischen Durchschnittsstudentin beschreiben. Eine neue Studie von EUROSTUDENT und Eurostat analysiert darüber hinaus die erhobenen Daten eingehender, um Ähnlichkeiten und Unterschiede der Studierendenprofile offen zu legen.

Download der Studie "The Bologna Process in Higher Education in Europe. Key indicators on the social dimension and mobility" :

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-78-09-653/EN/KS-78-09-653-EN.PDF

(d) Das neue Studieren

Zehn Jahre nach der Bologna-Erklärung der europäischen Bildungsminister zur Harmonisierung der europäischen Studienstrukturen wird in dem Arbeitsbericht I/2009 von Martin Winter eine Zwischenbilanz dieses Reformprozesses gezogen. Zum einen geht es um Zieldivergenzen, innere Widersprüche, konträre Trends und Dilemmata des Bologna-Prozesses. Zum anderen werden die vielfältigen Chancen, Risiken und Nebenwirkungen der Studienstrukturreform in Deutschland erörtert.

Kostenloser Download: http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_I_2009.pdf

Eine gedruckte Version kann beim Institut für Hochschulforschung bestellt werden.

(e) "Endstation Bologna? - Die Reformdebatte zur LehrerInnenbildung in den Ländern, im Bund und in Europa"

Die Einführung neuer Studienabschlüsse im Zuge des Bologna-Prozesses hat Bewegung in die Reform der Lehrerinnen- und Lehrerbildung gebracht. Gleichwohl ist die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung für viele ein "worst-practice"-Beispiel für die ohnehin unbefriedigende Umsetzung des Bologna-Prozesses in Deutschland. Informationen und Analysen zum Thema Bachelor und Master in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung gibt es in der neuen GEW-Broschüre, die der Vorstandsbereich Hochschule und Forschung beim GEW-Hauptvorstand erarbeitet hat und soeben ausgeliefert worden ist: "Endstation Bologna? Die Reformdebatte zur LehrerInnenbildung in den Ländern, im Bund und in Europa".

Kostenlosen Download steht die Broschüre auf den GEW-Internetseiten:
http://www.gew.de/Binaries/Binary44314/090327_GEW-Bologna_FINALexport.pdf
oder zu bestellen unter [broschueren\[at\]gew.de](mailto:broschueren[at]gew.de) (Einzelpreis 3 € inkl. Versandkosten).

(f) Studie zu Ungleichheit, Globalisierung und Welthandel

Rechtsexperte: Etablierung internationaler Sozialnormen mit WTO und globalem Klimaschutz verknüpfen

Nur ein kleiner Teil der Erträge des Welthandels kommt Arbeitnehmern in Entwicklungsländern zugute. Gleichzeitig bedroht der globale Kostenwettbewerb die Sozialsysteme in entwickelten Ländern. Beiden Seiten würde es nützen, wenn im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) internationale Sozialstandards etabliert würden. Diese sollten nach Möglichkeit über die Minimalanforderungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hinausgehen, ihre Entwicklung könnte mit der Etablierung eines weltweiten Emissionshandels verknüpft werden. Einseitige Sozial- oder Umweltzölle gegen Waren, die unter problematischen Bedingungen hergestellt wurden, hätten dagegen eine schädliche protektionistische Wirkung und seien nicht praktikabel. Zu diesem Ergebnis kommt Felix Ekarde, Juraprofessor an der Universität Rostock, in einer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie.

Felix Ekarde u.a.: Globalisierung und soziale Ungleichheit, Arbeitspapier 170 der Hans-Böckler-Stiftung, 2009: www.boeckler.de/pdf/p_arbp_170.pdf
Weitere Informationen und Infografik zum Download im Böckler Impuls 7/2009:
www.boeckler.de/32006_95296.html

5.) Termine

09. Mai 2009	Aktionstag zu integrierten Gesamtschulen (Hannover)
20. Mai 2009	10 Jahre ABS, ab 18 Uhr GEW Hamburg http://www.abs-bund.de/presse/4059.html (Hintergrundartikel: http://www.studis-online.de/HoPo/art-880-hochschulpakt-vielleicht.php)
21.-24. Mai 2009	BUKO (Bundeskoordination Internationalismus) an der Universität Lüneburg http://www.buko.info/aufruf/
15./16. Juni 2009	Tagung zur gewerkschaftlichen Studierendenarbeit (Programm / Anmeldung / Infos unter http://www.gewerkschaftsjugend-niedersachsen.de/Netzwerktagung-Wolfsbu.290.0.html)
15.-19. Juni 2009	bundesweiter Bildungsstreik 2009 (www.bildungsstreik2009.de)
09.-12. Sept. 2009	GEW-Wissenschaftskonferenz in Bad Wildbad (Schwarzwald)

Impressum
GEW Niedersachsen
Landesausschuss der Studentinnen und Studenten (LASS)
Berliner Allee 16
30175 Hannover

Vi.S.d.P. Elke Michauk, Sprecherin des LASS GEW Niedersachsen